

Aufgrund der EU-Ratspräsidentschaft der Deutschen Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel im vergangenen 1. Halbjahr des Jahres 2007 sind Änderungen eingetreten. Berichte der WAZ dazu:

Bannmeile für Coffeeshops geplant

Die niederländische Regierung will Mindestabstände der Drogen-Läden zu den Schulen einführen

Den Haag. Coffeeshops in den Niederlanden sind meist unscheinbare Läden, in denen es Haschisch und Marihuana in kleinen Mengen zu kaufen gibt. Die Toleranz der „weichen“ Drogen hat das Land zu einem Eldorado für Freunde des „Joints“ gemacht.

Das könnte sich bald ändern: Die linksliberale Regierung will sie aus der Nähe von Schulen vertreiben. Für Rotterdam gilt bereits; 27 von 62

Coffeeshops sollen bis Januar 2009 schließen oder ihr Angebot umstellen. „Wenn wir statt Cannabis Alkohol verkaufen, dürfen wir unsere Läden behalten“, sagt Myranda Bruin vom Verein der Rottdamer Coffeeshopinhaber. 22 000 Unterschriften gegen diese Pläne hat der Verein bereits gesammelt.

Rotterdam will Haschisch-Läden im Umkreis von 250 Metern um jede Schule schlie-

ßen lassen. Dabei dürfen Betreiber schon jetzt nicht werben und maximal fünf Gramm pro Person verkaufen – allerdings nicht an Minderjährige. Das nationale Drogenzentrum bestätigt, dass sich nur sieben Prozent der Minderjährigen für Haschisch interessieren.

Den Haag führte vor zehn Jahren die Abstandsregelung ein: Im Radius von 500 Metern Fußweg zu einer weiterführenden Schule dürfen keine Cof-

feeshops sein. Amsterdam, Mekka der Haschisch-Freunde, will dagegen abwarten, was die Regierung plant; bei 250 Metern Abstand zu Schulen müssten hier 90 Prozent der 240 Coffeeshops schließen. Befürchtete Folge: Der Straßenhandel könnte unkontrollierbar werden. dpa

→ online Diskussion: Ist der härtere Kurs erfolgversprechend? waz.de/direkt

Harter Kurs gegen Drogen

NRW will künftig auch den Besitz kleiner Mengen harter Rauschgifte bestrafen

Von Peter Szymaniak

Düsseldorf. Wenn Jugendliche künftig von der Polizei beim Rauchen eines Joints erwischt werden, kommen sie in NRW nicht mehr straffrei davon: Sie müssen ein Drogenberatungsseminar besuchen, Sozialstunden ableisten oder eine Therapie durchlaufen.

„Das ist bundesweit einmalig: Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche bei Drogenverstößen können bald nicht mehr wie bislang folgenlos eingestellt werden“, sagt die Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU).

„Haschisch ist nicht harmlos, sondern kann zu Wahnvorstellungen, Realitätsverlust und Angstzuständen führen.“

Im Kampf gegen Drogenmissbrauch reduziert NRW außerdem die geduldete Haschisch-Grenze für den Eigenbedarf bei Erwachsenen von zehn auf sechs Gramm und schafft die Toleranzgrenze von 0,5 Gramm für Heroin, Kokain und Ecstasy-Pillen ganz ab. Diese Neuerung berührt nach Angaben des Justizministeriums aber nicht die Arbeit von Fixerstuben oder die kontrollierte Abgabe von Heroin oder Methadon. Tagesthema Seite 2

HARTE LINIE BEI WEICHEN DROGEN

Nur sechs Gramm

Die NRW-Justizministerin will den „Trend zum unbekümmerten Haschisch-Konsum“ stoppen. Auch der Besitz geringer Mengen soll stärker geahndet werden. Der Richterbund warnt

Von Peter Szymaniak

Düsseldorf. NRW-Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) sieht einen „Trend zum unbekümmerten Haschisch-Gebrauch“ und will dagegen ein „deutliches Zeichen“ setzen: Künftig darf jeder Erwachsene in NRW nur sechs Gramm Haschisch zum Eigenbedarf bei sich tragen statt wie bisher zehn Gramm, ohne automatisch eine Bestrafung fürchten zu müssen. Bei den aufputschenden Drogen Heroin, Kokain, Amphetaminen oder Ecstasy-Pillen gibt es in der Regel keine Duldung so genannter „geringer Menge“ ohne Bestrafung mehr. Die derzeitige Grenze von 0,5 Gramm wird in NRW abgeschafft.

Vor allem bei Jugendlichen und jungen Heranwachsenden sollen Staatsanwälte härter durchgreifen: Wer mit Joint erwischt wird, dessen Verfahren darf auch bei kleinstmengen nur noch gegen Auflagen eingestellt werden, wie regelmäßige Drogenüberprüfung, Besuch von Drogenberatungseminaren, Teilnahme an Therapien oder Sozialstunden. „Wir dürfen jungen Menschen nicht signalisieren, ein bisschen Haschisch ist ja nicht so schlimm“, meint Müller-Piepenkötter.

Doch die Maßnahme der Ministerin erntete sofort Kritik: Der Richterbund warnt vor Tausenden neuen Strafverfahren. „Wer soll das alles machen? Der Mehraufwand darf nicht unterschätzt werden“, sagte Vize-Verbandschef Reiner Lindemann. Schon heute werde die Justiz auch bei kleinen Mengen aktiv, wenn vom Drogenkonsumenten eine Gefahr für andere ausgehe.

Die Grünen sehen „einen Schritt in die Steinzeit“ der

Drogenpolitik. „Zukünftig soll wieder gelten: Kriminalisierung statt Prävention und Aufklärung“, sagte Grünen-Gesundheitspolitikerin Barbara Steffens. Auch der Chef der FDP-Jugendorganisation Julius, Marcel Hafke, lehnt eine schärfere Verfolgung ab: „Jeder Jugendliche soll selbst entscheiden, ob er den risikoreichen Weg des Drogenkonsums betreten möchte, unabhängig davon, ob er Alkohol oder andere weiche Drogen konsumieren will.“

Mit der Herabsetzung der Werte für den geduldeten Haschisch-Konsum folgt NRW allerdings einem bundesweiten Trend: Fast alle Bundesländer haben schon die „geringe Menge“ mit 6 Gramm definiert; beispielsweise auch dass

bisher „großzügigste“ Bundesland, Schleswig-Holstein, das früher 30 Gramm Besitz von Marihuana erlaubt hatte.

So ändert sich die Zeit. Anfang der 90er Jahre lösten Lübecker Richter mit ihrem Urteil zum Haschisch-Konsum eine bundesweite Debatte aus: Jeder Bürger habe ein grundgesetzlich geschütztes „Recht auf Rausch“ und daher dürfe der Besitz von geringen Mengen von Cannabisprodukten nicht bestraft werden.

Das Bundesverfassungsgericht leitete dann zwar 1994 kein generelles „Recht auf Rausch“ aus dem Grundgesetz ab, erlaubte aber die Nicht-Bestrafung bei kleinen Mengen, da das „Maß der individuellen Schuld gering“ sei. Die Karlsruher Richter verlangten

allerdings von allen Ländern die einheitliche Anwendung der Drogenverfolgung – die Angleichung ist bis heute nicht vollständig erfolgt.

Müller-Piepenkötter begründet das schärfere Vorgehen gegen Drogenkonsumenten mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen. In den vergangenen zehn Jahren habe sich der Anteil der 19-jährigen Jugendlichen, die schon einmal Haschisch-Kontakt hatten, von 20 Prozent auf ein Drittel deutlich erhöht.

Zudem sei Marihuana deutlich gesundheitsschädlicher als früher eingeschätzt wurde – in Deutschland hätten schon 600 000 Erwachsene mit psychischen oder gesundheitlichen Störungen durch Haschisch-Konsum zu kämpfen.



Wer mit Joint erwischt wird, muss mindestens mit Auflagen rechnen.

Foto: dpa

DIE ANE

Die Frank
zu Milch
Schlechte
wie die Ka
Rohstoffe
Getrost da
Manche B
zunutzen
Aufschlag

Die Fran
zu Milch
Vielleicht
rang - s
rungsmit
chern zu
ge Vers
dennoch
wie Mil

Der Ta
Merkel
fordern
der nes
kozy i
mehr
brauch
Lond

UNS

Zu „
In d
verde
drän
geht
Tat
vom
gese

Zu

Jede
dies
fen,
hat
mo
sch

Zu

Eir
we
sic
äu
Da
lic

GI

Be

He
ric
Bi
sa
D
w

Für ein weiteres Kindeswohlthema, welches aber mehr auf die älteren Kinder zugeschnitten ist, wird von Seiten unseres Sportvereins seit vielen

Jahren im Rahmen des Int. Gelsenkirchener Volkslaufes hingewiesen und durch den DFB-Cooper-Lauf unseres Vereins deklariert.



Tolle Preise sind zu gewinnen beim Konditionsgrundlagenlauf für Fußballspieler am 31. Mai. Dann gibt es einen Leistungsvergleich auf der 3600-Meter-Strecke, bei dem der zeltschnellste Läufer einen Ball mit Unterschriften der aktuellen Fußballweltmeister gewinnen kann. Außerdem gibt es neu gestaltete Urkunden, Wimpel des DFB und andere Souvenirs. Vorgestellt wurden die Preise, die der Verein von der DFB-Zentrale in Frankfurt übersandt bekam, von der ersten Mannschaft der DJK Sportfreunde Rotthausen 1910 und dem Kreisvorsitzenden Manfred Wichmann. Bundestrainer Berti Vogts wünscht der Veranstaltung in einem Grußwort ein gutes Gelingen.

Foto: Brenski

Einführung des DFB-Cooper-Laufes gegen Doping und Drogen im Sport am 31. Mai 1997 im Rahmen des 9. Int. Gelsenkirchener Volkslaufes.

Nun wird in der letzten Zeit immer wieder von der Bundesregierung auf die fehlende Fürsorge in manchen Bereichen des Kindeswohls hingewiesen. Das ist gut so. Wer nimmt sich aber den anderen Missständen in bezug auf das Bevölkerungswohl an? Wenn Halbwüchsige sich in den Ecken der Stadt „zudröhnen“ schaut sogar die Polizei weg und stuft dieses als eine Pubertäre Entwicklungsstufe ein, ähnlich wie dies früher bei der ersten Zigarette oder dem ersten Glas Schnaps der Jugendlichen gehandhabt wurde. Ein fataler Fehler wie es heute noch aus vielen Unterlagen der Versorgungsämter hervorgeht, denn das Kiffen von Hasch oder ähnlicher weicher Drogen beschert erheblichere geistige Defizite als Folge der Sucht. Fatal für unsere Jugendlichen ist daher auch schon die geographische Nähe zu den „Koffieshops“ der Niederlande.

Die Zeitungen sind voll von den Geschichten über ertappte Drogendealer. Aber das wird auch von vielen nicht als so schwerwiegend empfunden. Kein Wunder solange Typen wie Herr Daum oder Herr Friedmann in unserer Gesellschaft hofiert werden. In einer Zeit der knappen Mittel wird nun sogar an der Erhebung der gesundheitlichen Eckdaten gespart. Wurde doch rigoros unter der Führung des ehrgeizigen MP Jürgen Rüttgers die gesamte Versorgungsverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalens aufgelöst.

UNSER VOLKSLAUF - Weiterhin mit dem Motto:



Grußwort zum Thema

Sieghard Tinibel

EUROPA

ohne **Drogen** und **Doping** - nicht nur im Sport .
Zum Schutze einer in Freiheit heranwachsenden Jugend.

Liebe Sportfreunde und -freundinnen,

seit 1995 steht unser Int. Gelsenkirchener Volkslauf im Zeichen der zu dieser Zeit entstandenen Kampagne des damaligen Deutschen Bundeskanzlers, Dr. Helmut Kohl. Seit der Gründungszeit haben viele Sportgrößen vieler Sportarten, im Rahmen der Kampagne von den einschlägigen Plakaten die Menschen hinterfragt: „Stimmt Deine Abwehr?“ oder aber auch „Wer macht die Kinder stark gegen Drogen?“.

In der heutigen Zeit, in der die Kampagne nicht mehr über die anfänglich vorhandenen Mittel verfügt, hört man/frau in dieser Richtung nicht mehr so viel. Auch die großen Sportverbände schauen nicht mehr aus dem „Fenster“ und sagen: „Lasst die Finger weg vom Alkohol oder ähnlich abhängig machenden Drogen!“ Eigentlich ist das Gegenteil der Fall. Zigarettenreklame und Alkoholreklame bei Autorennen und in vielen Fußballstadien suggerieren zusätzliche Lebensfreude, als wäre es das Normalste der Welt, dass z. B. Alkohol und Sport nur zusammen konsumiert Spaß bereiten würden. Bei Schispringen oder ähnlichen Veranstaltungen werden Bier und andere Alkoholika in einem Maße konsumiert, dass viele Besucher nicht mehr wissen, warum sie eigentlich zu einer Sportveranstaltung gegangen sind.

Der weit vorausschauende, neben dem Franzosen Giscard d'Estaigne, zu den großen Europäern zählende, Dr. Helmut Kohl, hat nicht umsonst diese Kampagne gestartet. Denn nicht nur Deutschland - nein, auch das zusammenwachsende Europa tut sich sehr schwer damit, in dieser Beziehung eine einheitliche Richtlinie, zum Schutze der Jugend über das Parlament zu finden. Zu verlockend ist es für viele politische Führungskräfte, das Steueraufkommen durch die Freigabe aller so verharmlosend genannten „weichen Drogen“ zu mehren.

Wer jemals in einer Gesundheitsbehörde mit den Folgen der Drogenabhängigkeit zu tun hatte, weiß welcher fatale Schritt mit der bedenkenlosen Freigabe aller Drogen in diese Richtung getan werden kann. Zum Gedenken an den Erhalt der Gesundheit, deren Ziel die Ausübung eines jeden Sportes bleiben sollte, habe ich den Cooper-Lauf, als nachvollziehbares Zeichen der geistigen und körperlichen Fitness - gegen Doping im Sport und gegen Drogenmissbrauch im Allgemeinen - ins Leben gerufen. Darum ist er immer im Programm unseres Volkslaufes der DJK TuS 1910 Gelsenkirchen-Rotthausen, dem jährlich auf unserer Sport- und Naherholungsanlage „Auf der Reihe“ stattfindendem Int. Gelsenkirchener Volkslauf.

Mit sportlicher Empfehlung zur aktiven Teilnahme an den Läufen

Sieghard Tinibel, Laufsportabteilung
DJK TuS 1910 Rotthausen e. V.

Das Bundeskanzleramt wünscht unseren Bemühungen weiterhin alles Gute, wie es dem aufgeführten Schreiben zu entnehmen ist.



BUNDESKANZLERAMT

Berlin, den 10. Januar 2007
Telefon 01888 / 400 - 0

012 - K 600 334/07/0001
(Bei Antwort bitte angeben)

Herrn
Sieghard Tinibel
Chaudronstraße 29
45884 Gelsenkirchen

Sehr geehrter Herr Tinibel,

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat mich gebeten, Ihnen für Ihr Schreiben vom 01. Januar 2007 zu danken.

Ihre Ausführungen und Ihre engagierten Bewertungen wurden hier aufmerksam aufgenommen.

Für die Bundeskanzlerin sind Zuschriften, wie Ihre, wertvolle Orientierungshilfen. Alle Hinweise werden daher - wie es Ihr Wunsch ist - in die Arbeit einbezogen.

Die Bundeskanzlerin hat sich über Ihr Zeichen der Unterstützung sehr gefreut. Sie wünscht Ihnen für das Jahr 2007 alles Gute und hofft, dass Sie weiterhin engagiert bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Armin Heppner

Haus-/Lieferanschrift
Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin

Briefanschrift
11012 Berlin

Telex
302 360 bkb

Telefax
01888 / 400 - 23 57

Unterdessen wird weiterhin Drogenmissbrauch betrieben.

Am 2. Okt. 2007 wies die WAZ in einem weiteren Artikel darauf hin. Allein die Europäische Union scheint dieses nicht zu interessieren. Wann die Autofahrer das Licht einzuschalten haben wird als wichtiger angesehen, als die Gesundheit und körperliche wie geistige Belastbarkeit des Nachwuchses. Rauschmittel aller Art sind weiterhin ungebremst auf dem Vormarsch. Der Hinweis in der Ruhrgebietszeitung:

Kiffer werden immer jünger

Experten schlagen Alarm: Cannabis-Konsum greift weiter um sich

Düsseldorf. Der Cannabis-Konsum wird immer gefährlicher und die Konsumenten werden immer jünger. Darauf haben Suchtexperten und Vertreter von Drogen-Beratungsstellen am Donnerstag bei einer Fachtagung in Düsseldorf hingewiesen. „Cannabis ist heute als deutlich gefährlicher einzuschätzen, als man es noch vor zehn Jahren eingeschätzt hat“, sagte Prof. Rainer Thomasius von der Universitätsklinik Hamburg. Der ärztliche Leiter des Deutschen Zentrums für Suchtfragen des Kinder- und Jugendalters begründete dies damit, dass die Konsumenten immer jünger würden und die Konzentration des Wirkstoffes THC in Cannabis-Produkten in den vergangenen zwanzig Jahren deutlich angestiegen seien. „In den achtziger Jahren war der

THC-Gehalt in Marihuana bei etwa 1 bis 3 Prozent. Bei jetzigen Aufgriffen finden wir manchmal einen Gehalt von 20 Prozent“, sagte Thomasius.

Gymnasiasten vorn

Besonders problematisch ist dies nach Experten-Ansicht für Kinder und Jugendliche. Eine Studie des Suchtexperten Prof. Michael Klein von der Fachhochschule Nordrhein-Westfalen ergab, dass in Köln bereits 29 Prozent aller Schüler bis 14 Jahren Cannabis-Erfahrung gemacht hätten. „Man kann plausibel davon ausgehen, dass die Tendenzen in anderen deutschen Großstädten ähnlich sind“, sagte Klein. „Durch das frühe Einstiegsalter wird das Risiko einer späteren Abhängigkeit erhöht“, warnte Thomasius. Er fand zudem heraus, dass Kinder mit

sozial besserem Hintergrund und Umfeld „deutlich“ mehr konsumieren als Kinder aus sozial schwächerem Umfeld. „Das Ergebnis ist eindeutig und widerspricht den bestehenden Stereotypen. An Gymnasien konsumieren die Schüler teilweise deutlich mehr Cannabis“, sagte Klein. Grund dafür könnten Schulstress, Leistungsdruck und Zeitmangel der Eltern seien. „Dies sind aber derzeit nur Hypothesen.“ Thomasius widersprach der bislang häufig geäußerten Annahme, bei erhöhtem Cannabis-Konsum bestünde „nur“ die Gefahr einer psychischen Abhängigkeit. Auch die physischen Störungen seien bei Kindern enorm. „Der frühe Einstieg kann Depressionen, Motivationsstörungen und kognitive Probleme verursachen.“ dpa

Harter Kurs gegen Drogensünder

NRW Justizministerin: Müller-Piepenkötter: "Bundesweit einmaliges Vorgehen"

Der Besitz auch kleiner Mengen illegaler Rauschgifte soll künftig wieder bestraft werden. Damit schlägt NRW einen deutlich härteren Kurs gegen Drogen ein. Die CDU begrüßte die Pläne, die Richter im Land dagegen nicht.



Roswitha Müller-Piepenkötter

Die bisherige Duldung von einem halben Gramm Heroin, Kokain oder Ecstasy für den Eigenbedarf soll beendet werden. Bei Haschisch und Marihuana werden künftig nur noch sechs statt bisher zehn Gramm als Menge zum Eigenverbrauch toleriert. Das kündigte NRW-Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) am Montag (30.07.07) in Düsseldorf an.

Bei Jugendlichen und Heranwachsenden soll der Drogenmissbrauch künftig in jedem Fall geahndet werden. Verfahren gegen 14- bis 20- Jährige dürften nur noch unter Auflagen eingestellt werden, ordnete die Ministerin an. Solche Auflagen können Drogentests, die Teilnahme an Drogenberatungsseminaren, Therapien oder Sozialstunden sein. "Es geht darum, gerade bei Jugendlichen rechtzeitig ein Zeichen zu setzen", sagte die Ministerin. Die Maßnahmen sollen in wenigen Wochen in Kraft treten. Dies sei ein bundesweit einmaliges Vorgehen, so Müller-Piepenkötter.

Richter sind skeptisch

Die Richter in NRW reagierten mit großer Skepsis auf die Pläne der Ministerin. "Die Eigenbedarfsgrenzen waren eingeführt worden, um Gerichte und Staatsanwaltschaften von Bagatellfällen zu entlasten", erklärte der stellvertretende Landesvorsitzende des Deutschen Richterbundes NRW, Reiner Lindemann. "Der Mehraufwand darf nicht unterschätzt werden." Auflagen für jugendliche Drogenkonsumenten seien bereits gängige Praxis. "Die Frage ist aber, ob die Ministerin einen Staatsanwalt per Erlass verpflichten kann, ein Verfahren nur noch unter Auflagen einzustellen", sagte Lindemann.

Grüne: "Steinzeit der Drogenpolitik"



CDU-Generalsekretär Hendrik Wüst

CDU-Generalsekretär Hendrik Wüst

Die CDU begrüßte die "härtere Gangart" ihrer Ministerin. Die "Null-Toleranz-Strategie" werde aufgehen, sagte Generalsekretär Hendrik Wüst. Auch die Deutsche Polizeigewerkschaft stellte sich hinter die Maßnahmen, forderte aber noch weitergehende Schritte: So sollte auch der Besitz von Cannabis künftig grundsätzlich bestraft werden.

Die Grünen kritisierten die Ankündigung Müller-Piepenkötters als "Schritt in die Steinzeit der Drogenpolitik". Die Justizministerin nehme Jugendlichen Lebensperspektiven, anstatt ihnen Hilfsangebote zu machen, erklärte Barbara Steffens, sozialpolitische Sprecherin der Grünen. Mit harten Strafen werde man dem Drogenproblem nicht Herr werden, kritisierte auch die Landes-FDP.

Mit dem schärferen Kurs reagiert die Justizministerin auf alarmierende Zahlen zum Drogengebrauch, wie das sinkende Einstiegsalter und die zunehmende Probierbereitschaft von Jugendlichen.

Beitrag gefunden auf: www.wdr.de am 14. Okt. 2007

„Wer jemals von Berufs wegen mit dem durch allgemeine Drogensucht entstandenem Leid der Menschen konfrontiert war, kann es nur begrüßen, dass hier härter durchgegriffen wird. Dieser Schritt von Frau Müller-Piepenkötter sollte von der gesamten EU übernommen werden!“

Seit dem Jahre 1997 führen wir in Gelsenkirchen angesichts des Leids, das die Verharmlosung des Drogenkonsums alleine in unserer Stadt angerichtet hat und noch weiterhin anrichtet, zur Sensibilisierung der Bevölkerung gegen Doping und Drogen, mit dem DFB-Cooper-Lauf eine darauf verweisende Sportveranstaltung im Rahmen des Int. Gelsenkirchener Volkslaufes durch.

Sieghard Tinibel

Schafft Deutschland sich wirklich nicht ab ?

Angesichts der existierenden Drogenproblematik, die auch durch Migranten mit blühendem Schwarzhandel entstand, sollte jeder Bundesbürger dies erneut hinterfragen. Auch bei diesem Thema wurde und wird weiterhin weggesehen.

Was war Herrn Sarrazin wichtiger, die Sorge um das Vaterland oder die Sorge um die Auflagenhöhe seines Buches? Gelungene Artikel erschienen auf der 1. Seite der WAZ am 13. Sept. 2010. Deutlicher kann man nicht auf das seit Jahren bestehende Dilemma hinweisen.

Betrug mit Methadon

Experten: Jeder zweite Patient nimmt zusätzlich andere Drogen. Schwarzmarkt wird beliefert

Matthias Korfmann

Düsseldorf. Bei der Behandlung von Drogenabhängigen mit Ersatzstoffen wie Methadon gibt es offenbar große Probleme. Experten schätzen, dass in NRW jeder zweite Methadon-Patient zusätzlich große Mengen anderer Drogen wie Heroin, Kokain, Alkohol oder Medikamente konsumiert. Zudem blüht der Handel mit Methadon, Polamidon und weiteren Ersatzstoffen in der Drogenszene.

Rund 38 000 Männer und Frauen in NRW sind derzeit in der Substitutionsbehandlung: Sie erhalten auf Rezept Stoffe von Ärzten und Gesundheits-

ämtern, die sonst nur illegal erhältlich sind. Manche dieser Patienten können deshalb ein fast normales Leben führen, und kaum jemand stellt den Sinn der Substitutionsbehandlung grundsätzlich infrage.

»Die Kassen zahlen diese Betreuung nicht, also findet sie auch selten statt«

Der Landtagsabgeordnete und Mediziner Stefan Romberg (FDP) erkennt allerdings große Defizite. Er beruft sich auf Studien, nach denen jeder Zweite neben Methadon auch auf dem Schwarzmarkt be-

schafftes Heroin nimmt. „Da wird viel zu wenig hingeschaut, insbesondere in den Arztpraxen, die Methadon ausgeben“, findet Romberg.

Ärzte und Suchtexperten bestätigen dies auf Nachfrage. „Begebrauch, also die zusätzliche Einnahme von Drogen, ist ein Riesenproblem“, erklärt Jost Leune vom Vorstand der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen in Hamm. „Wir bräuchten erstens viel mehr Kontrolle und zweitens eine bessere Betreuung der Patienten.“ Die psychosoziale Betreuung gehört eigentlich zwingend zur Behandlung mit Drogensersatzstoffen dazu. In der Realität ist sie nur die Aus-

nahme. „Die Kassen zahlen diese Betreuung nicht, also findet sie auch selten statt“, sagt Joachim Alxnat, Leiter der Düsseldorfer Drogenhilfe.

Andreas Rohde, der in einer Klinik in Hamm Begebrauchs-Entzüge durchführt, unterstreicht das: „Besonders kritisch ist die sogenannte ‚Take-Home-Vergabe‘. Da bekommen die Patienten den Stoff mit nach Hause. Viele verkaufen ihn dann weiter.“

Das NRW-Gesundheitsministerium erklärt dazu, die „Take-Home-Vergabe“ sei aber „nur unter strengen Voraussetzungen und zeitlich befristet im Einzelfall möglich“.

Kommentar Seite 1

Steinbrück möchte Sarrazin in der SPD halten

SPD streitet weiter über den Umgang mit dem Buchautoren. Parteichef Gabriel will ihn loswerden

Daniel Freudenreich

Berlin. Der Streit um den Rauswurf des umstrittenen Buchautors Thilo Sarrazin aus der SPD spitzt sich unmittelbar vor dem Start des Ausschlussverfahrens weiter zu.

„Ich halte es nicht für sinnvoll, das Verfahren zu stoppen“, sagte SPD-Chef Sigmar Gabriel am Wochenende der Bild am Sonntag. Andere nam-

hafte Sozialdemokraten warnen vor einem Ausschluss Sarrazins. „Ich würde ihn halten“, sagte Ex-Finanzminister Peer Steinbrück dem Spiegel. Er selbst würde sich zwar nie so äußern. „Aber die Integrationsfragen in diesem Land werden nicht dadurch gelöst, dass man Herrn Sarrazin aus der SPD ausschließt.“ Auch der ehemalige Fraktionschef Peter Struck mahnte die Partei

zu mehr Gelassenheit im Umgang mit Sarrazin.

Am heutigen Montag will der SPD-Bundesvorstand das Verfahren gegen Sarrazin einleiten. Natürlich würden Sarrazins Leistungen auch gewichtet, sagte Gabriel. Aber wenn es um Grundsatzfragen gehe, könne die SPD sich nicht einfach wegducken. „Dann wären wir wirklich feige Opportunisten“, so Gabriel

weiter. Sarrazins Fehler sei gewesen, dass er die Erfolge in der Integration verschweige. „Und das wirklich Schreckliche: Er will zurück zur staatlich gelenkten Vererbungspolitik aus dem Anfang des 20. Jahrhunderts“, kritisierte Gabriel. Dass die Perversion dieser Theorien nach Auschwitz geführt habe, sei Sarrazin keine Zeile in seinem Buch wert.

Bericht Politik